

# «Wie beurteilen Sie die Initiative «Familie und Beruf»?»

Am 18. September wird in Liechtenstein über die Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer abgestimmt.

→ Die Initiative «Familie und Beruf» fordert – vereinfacht gesagt –, dass die Finanzierung der Kitas durch ein Gesetz geregelt und das Mutterschaftstaggeld künftig von der Familienausgleichskasse (FAK) entrichtet wird. Im Juni-Landtag war die Initiative umstritten. 13 Abgeordnete haben der Initiative zugestimmt. Die Mehrheit der Abgeordneten der VU (6 Stimmen) und die gesamte Fraktion der Freien Liste (3 Stimmen) haben der Initiative zugestimmt. Dazu kamen noch drei

Stimmen der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP). Schon im Landtag gegen die Initiative ausgesprochen hat sich die Fraktion der Unabhängigen (4 Stimmen). Dazu kam die Mehrheit der FBP-Fraktion (6 Stimmen) und zwei Neinstimmen aus der VU.

Nun geht der Abstimmungskampf in die heisse Phase. Vergangene Woche fasste die FBP trotz der kritischen Stimmen im Landtag die Ja-Parole. Auch bei der VU dürfte vieles auf ein Ja hindeuten. **mw**



FOTO:ISTOCK

## «Das Positive überwiegt»

→ Die Initiative besteht aus zwei Teilen: Einen Beitrag der FAK zur Finanzierung der Kitas und die Übernahme des Lohnausfalls bei Mutterschaft. Da die FAK praktisch ausschliesslich von den Arbeitgebern finanziert wird, kann mit dem ersten Teil ein Beitrag der Wirtschaft zur Kinderbetreuung realisiert werden. Damit wird etwas gegen den heutigen Mangel an bezahlbaren Kita-Plätzen unternommen, ohne dass zusätzliche Steuergelder eingesetzt werden müssen. Das unterstütze ich.

Der zweite Teil der Initiative soll dafür sorgen, dass die Prämien für die Krankentaggeldversicherung, welche heute den Lohnausfall während der Karenzzeit bezahlt, nicht sprunghaft ansteigen, wenn in einem kleinen Betrieb eine oder gar mehrere Frauen gleichzeitig in Karenz gehen. Das ist an sich ein guter Gedanke. Leider ist die Initiative aber so formuliert, dass Grossbetriebe, welche bisher die erste Zeit der Lohnfortzahlung selbst übernommen haben, nun profitieren. Zudem überfordern beide Teile der Initiative voraussichtlich die Finanzierungsmöglichkeiten der FAK und es wird zu einem Reservenabbau kommen. In welchem Mass dieser Reservenabbau geschehen wird, ist schwer abschätzbar.

Obwohl die Initiative Aspekte beinhaltet, die verbesserungswürdig sind, überwiegt das Positive. Ich werde demnach ein Ja in die Urne werfen und auch unser Landesvorstand hat eine Ja-Parole beschlossen.

## «Gleichberechtigte Familienarbeit»

→ Die Wirtschaftskammer möchte mit ihrer Volksinitiative zur Neuregelung des Mutterschaftstaggelds und zur Kita-Finanzierung über die Familienausgleichskasse (FAK) einem gerechtfertigten Anliegen zu einem pragmatischen Durchbruch verhelfen. Wir begrüssen diesen ersten Schritt in die richtige Richtung. Nach unserer Ansicht ist es höchste Zeit, die Kita-Finanzierung auf neue Beine zu stellen, um allen Familien Wahlfreiheit geben zu können.

Für die VU ist aber auch klar, dass das klassische Familienmodell, bei dem sich ein Elternteil für die Familienarbeit zu Hause entscheidet, auch in Zukunft ein gleichberechtigtes Modell bleiben muss. Umstritten im Landtag war jedoch weniger die Kita-Finanzierung, sondern der zweite Teil der Initiative. Hierbei geht es um die Frage, ob künftig auch das Mutterschaftstaggeld aus der allein von den Arbeitgebern gespeisten FAK bezahlt werden soll. Dass dadurch die Prämien für die Krankentaggeldversicherung reduziert werden könnten, ist ein Entlastungseffekt für die Arbeitgeber, der aufseiten der VU angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds Unterstützung finden dürfte.

Wir werden am kommenden Dienstag im Parteivorstand ergebnisoffen über die Initiative diskutieren und über eine Abstimmungsempfehlung befinden.

## «Nicht perfekt, aber gut»

→ Die Initiative der Wirtschaftskammer zu Familie und Beruf ist nicht perfekt, aber sie ist gut. Sie stellt einen Fortschritt in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar und entlastet Kleinbetriebe beim Mutterschaftstaggeld. Anstatt den Unternehmen übernimmt die Familienausgleichskasse das Taggeld bei einer Mutterschaft. Kita-Plätze sollen ebenfalls mit Beitragsätzen aus der FAK unterstützt werden. Die verwendeten Gelder der FAK mit einem hohen Reservebestand von drei Jahresausgaben stammen von 100 Prozent von der Wirtschaft, die Initiative ist also von ihr finanziert und getragen. Der Staatshaushalt wird dadurch nicht stärker belastet.

Familien und insbesondere Frauen profitieren. Etliche der Argumente gegen die Initiative können schlicht nicht der Initiative angelastet werden. Sollten Mängel festgestellt oder weitere Massnahmen nötig werden, kann jederzeit nachgebessert werden; doch nichts tun kennt nur Verlierer. Die Freie Liste fasst am kommenden Donnerstag in einer öffentlichen Diskussionsrunde, zu der alle Interessierten eingeladen sind, eine Abstimmungsparole. Weitere Informationen können der FL-Homepage entnommen werden.

## «Diskriminierung gehört abgelehnt»

→ DU – die Unabhängigen haben bisher als Partei keine Abstimmungsempfehlung gegeben und machen dies auch in dieser Abstimmung nicht. Abstimmungsempfehlungen sind nämlich nicht viel wert. Man beachte dazu die Empfehlung der FBP zu dieser Vorlage: Im Landtag haben 6 von 10 FBP-Abgeordneten gegen die Initiative gestimmt. Der Landesvorstand der FBP hat vor ein paar Tagen mit einer Zweidrittelmehrheit die Ja-Parole ausgegeben. Da darf man sich fragen, wer denn die FBP-Wähler im Lande vertritt: Die Landtagsabgeordneten oder der Landesvorstand der Partei? Von den Landtagsabgeordneten weiss man zum Glück, wer sie sind und man kann nachprüfen, wer wie und weshalb abgestimmt hat. Dagegen versammeln sich Landesvorstände in immer anderer, zufälliger (oder auch nicht so zufälliger?) Zusammensetzung.

Kann man hier noch von einer Empfehlung sprechen? Ich glaube nicht. Es handelt sich eher um ein Verwirrspiel.

Drei DU-Fraktionsmitglieder sind Mitglieder des Gegenkomitees in dieser Abstimmung. Wir sind gegen die Initiative, weil sie nicht zu Ende gedacht ist und zu keiner gerechten Lösung führen wird. Bei Annahme der Initiative würden manche Frauen und traditionelle Familien diskriminiert. Dem kann man nicht zustimmen, egal was Parteien oder Wirtschaftsverbände empfehlen.